Appell an den Landkreis

Bürgermeister und Helferkreis fordern gerechte Verteilung der Flüchtlinge

Von Bernd Spanier

Wartenberg. Aus Sicht der Gemeinde werden Flüchtlinge im Landkreis ungerecht auf die Orte verteilt. Von den 734 Flüchtlingen (Stand 22. Mai) leben bereits 64 in der Marktgemeinde. Hinzu kommen die anerkannten Flüchtlinge. Nun wird Wartenberg eine weitere Familie zugeteilt. Gemeinde und Helferkreis mahnen, dass die Belastung zu groß werden könnte.

Auf Nachfrage der MZ haben Bürgermeister Christian Pröbst und Carla Marx vom Helferkreis die Situation in der Marktgemeinde geschildert. Dabei war zu erfahren, dass der Landkreis bereits im Mai mitteilte, dass er weitere zwei Wohnungen in Wartenberg angemietet habe. Die Gemeinde habe daraufhin ihre Bedenken geäußert: Es wird befürchtet, dass Helferkreis und Kindertagesstätten überlastet werden könnten. Trotzdem erfolgte am 18. Juni vom Landratsamt die Mitteilung, dass eine Mutter mit vier kleinen Kindern nach Wartenberg komme. Bereits jetzt besuchen 18 Flüchtlingskinder den Kindergarten, zehn die Kinderkrippe, 14 die Grundschule und sieben gehen in die Mittelschule.

"Kommen an unsere Grenzen"

Die Verteilung der Flüchtlinge sei nicht gerecht, so die Kritik aus Wartenberg. Gemeinden wie Inning, Bockhorn, Wörth, Ottenhofen, Walpertskirchen haben nur einstellige Flüchtlingszahlen und der Markt befindet sich mit den anerkannten Flüchtlingen fast schon im dreistelligen Bereich, stellt Bürgermeister Pröbst fest. So habe Erding mit seinen rund 36500 Einwohnern 216 Flüchtlinge und Dorfen mit 14650 Einwohner 192 Flüchtlinge zuge-





Carla Marx vom Helferkreis und Bürgermeister Christian Pröbst befürchten, dass die Gemeinde Wartenberg durch die Zuteilung weiterer Asylbewerber überlastet werden könnte.

teilt bekommen. Wartenberg mit 5800 Einwohnern sei somit bereits "überproportional" bedacht.

Dabei helfe man gerne, betont Pröbst, wie Wartenberg in der Vergangenheit bewiesen habe, als vietnamesische Flüchtlinge und auch Flüchtlinge aus dem Kosovo Schutz in Deutschland gesucht haben. "Nur jetzt kommen wir einfach an unsere Grenzen", sagt Pröbst. So werde zwar das Personal vom Staat bezuschusst, aber der anstehende Krippenneubau wird nur etwa zu 50 Prozent gefördert, die Differenz trage der Markt. Bezug nehmend auf die oben genannten Belegungszahlen müssen im Moment eine Krippengruppe und eine Kindergartengruppe räumlich vorgehalten werden. Bei einem Schuldenstand von rund zehn Millionen Euro zum Ende des Jahres werde dem Markt hier eine weitere finanzielle Last zuge-

Zudem treten in den Kindertagesstätten Probleme auf, weil die Kinder und ihre Eltern kein Deutsch sprechen und dies zu Kommunikationsschwierigkeiten führe. Auch das Verhalten der Kinder sei auffällig, wie Carla Marx vom Helferkreis berichtet. Darüber hinaus bekomme der Helferkreis keine Informationen mehr über Zu- bzw. Wegzüge; die Ehrenamtlichen vom Helferkreis gingen mittlerweile auch nicht mehr regelmäßig durch alle Unterkünfte, um eventuell Umbelegungen festzustellen.

Probleme in der Schule und bei der Wohnungssuche

Die Zahl der Flüchtlinge, die aus sogenannten "sicheren Herkunftsländern" kommen, und damit keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben, steige immer weiter. Die größte ethnische Gruppe der in Wartenberg lebenden Flüchtlinge kommt aus Nigeria. Diese Kinder hätten zunehmend Probleme in der Schule, da sie mit dem Lerntempo nicht mitkommen und so immer mehr zu Außenseitern würden, schildert Marx. Das führe wiederum zu einer Überforderung der Lehr-

kräfte, da sie weder die Zeit noch die Möglichkeit hätten, mehrere dieser Kinder neben dem Rest der Klasse zu beschulen. Auch bei der Hausaufgabenhilfe werde es immer schwieriger, weil einige Kinder auf eine 1:1-Betreuung angewiesen wären, da die Probleme nicht in der Gruppe gelöst werden können. Die Kinder hätten auch keine Hilfe und Unterstützung von zuhause. Meist seien ältere Kinder für die Erziehung der kleineren Geschwister verantwortlich. Bei Einkäufen. Arztbesuchen und Behördengängen seien die Eltern darauf angewiesen. dass ihre Kinder übersetzen.

Die Wohnsituation sei besonders schwierig: "Auch bei Duldung oder Abschiebeverbot ist es uns bisher nicht gelungen, auch nur eine nigerianische Familie in eine eigene Wohnung zu vermitteln", berichtet Marx, die als Gründe anführt: keinerlei Sprachkenntnisse der Eltern, keine oder zu wenig Kenntnisse über unsere Werte und Kultur und es eile den Geflüchteten aus Nigeria ein "schlechter Ruf voraus, wenn auch unbegründet", so Marx. Eine geringe Akzeptanz in der Öffentlichkeit führe zu Aussagen wie "die sitzen nur herum und arbeiten nicht". Der Helferkreis appelliert deshalb, dass für alle Flüchtlinge, die dezentral untergebracht sind, Sprachkurse verpflichtend sind und ihnen ein Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Marx: "Es besteht dringender Handlungsbedarf im Landkreis Erding, um diese Probleme zu lösen und die Flüchtlinge auf alle Gemeinden gleichmäßig zu verteilen. Das Wohl aller -Flüchtlinge, Helferkreis, Kita-Personal, Lehrer, Bürger – sollte im Vordergrund stehen."

Und auch Bürgermeister Pröbst fordert: "Eine gleichmäßige Verteilung der finanziellen und personellen Lasten auf alle Gemeinden muss gewährleistet sein."